

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

42. Jahrgang / 3

6. Januar 1987

Egon Lutz MdB enthüllt eine Desinformation in Sachen Arbeitsmarkt: Eine Vierer-Seilschaft manipuliert Statistiken.

Seite 1

Herbert Bermeitinger befaßt sich mit der Haltung Biedenkopfs zu den Grünen: Hochstilisierung der Alternativ-Partei.

Seite 3

### Dokumentation

Die Berliner Journalistin Lea Rosh hat sich auf einer Veranstaltung der Zeitschrift „TRIBÜNE“ mit dem bundesdeutschen Umgang mit der Nazi-Vergangenheit auseinandergesetzt. Auszüge aus ihrer Rede

Seite 5

### Desinformation in Sachen Arbeitsmarkt

#### Eine Vierer-Seilschaft manipuliert Statistiken

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Schamlosigkeit, mit der sich die derzeit Regierenden des Staates und seiner Einrichtungen bemächtigt haben, erreicht mittlerweile Strauß'sches Format. Was heißen soll: sie ist nicht mehr zu überbieten, endet nicht mehr an den weißblauen Grenzpfählen und hat den einzigen Zweck, durch gezielte Desinformationspolitik den Machterhalt zu sichern.

Dafür ein Beispiel: Im Oktober 1986 konzipierte der Bezirksverband München der CSU einen Brief an seine „lieben Mitglieder“ mit dem Tenor, er könne nun mitteilen, „daß in den kommenden Wintermonaten ein beträchtliches Absinken der Arbeitslosenzahlen zu erwarten ist“. Denn: „Es soll ein zumutbarer Prozentsatz der Arbeitslosigkeit erreicht werden.“ Weil: „Im Dezember bis Januar (die Arbeitslosigkeit) die Zwei-Millionen-Grenze unterschreiten (soll).“

Wir wissen heute, daß das nicht so recht geklappt hat. Aber schon im Oktober mußte der CSU-Bezirksverband annehmen, daß ob solcher Prophezeiungen selbst bei treuen Parteigängern Zweifel keimen könnten. Deshalb schob er noch eine Begründung nach: „Die Bundestagsabgeordneten Heiner Geißler, Norbert Blüm und Herr Peter Radunski (das ist der Wahlkampf-Obermütz der CDU) haben diese Sachlage (die Arbeitslosenstatistik) mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Heinrich Franke erörtert. Von unserem Standpunkt aus ist es zweckmäßig, die Zahl der Arbeitslosen mit Hilfe von statistischen Maßnahmen unter die Zwei-Millionen Marke zu drücken.“

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Herzog'scher Verlag  
mit dem besten Papier  
Königs-Druck



Wie das gehen könnte, hatte die Vierer-Seilschaft bei ihrem date laut CSU-Bezirksverband München auch beredet: „Personen, die mindestens drei Angebote des Arbeitsamtes abgeschlagen haben und diejenigen, die Umschulungslehrgänge oder Ausbildungskurse in einem Zeitraum von einem halben Jahr bis zu zwei Jahren gestartet haben, dürften nicht mehr als Arbeitslose erfaßt werden.“

Bis zu diesem Punkte gelangte der Entwurf eines Mitgliederbriefes. Dann müssen dem Autor Bedenken gekommen sein und er ließ seine „Unvollendete“ ablegen. Im Nachhinein betrachtet, war er mit diesem Verzicht auch gut beraten. Denn alle statistischen Tricks haben das vereinbarte Ergebnis dann doch nicht gezeitigt.

Blieben so auch den CSU-Mitgliedern ein paar Enttäuschungen erspart, uns stellen sich ein paar Fragen:

1. Was kann den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit bewogen haben, mit Geißler, Blüm und Radunski eine Vierer-Seilschaft zu gründen?
2. Seit wann gehört es zu Frankes Obliegenheiten, den Apparat der Bundesanstalt für Arbeit den Unions-Propagandisten dienstbar zu machen?
3. Wenn schon nicht Wahrheit entstehen kann, wo sich die Herren Geißler, Blüm und Radunski einer Sache annehmen - wie schlimm muß die Lage dann wirklich sein, wenn alle Tricks versagen?
4. Wann wird die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit Präsident Franke darauf aufmerksam machen, daß es seine Aufgabe nicht ist, einer Partei manipulierte Daten zuzuliefern und wird die Selbstverwaltung in Erfahrung bringen wollen, wie Franke die im Konjunktiv widergegebenen Erwartungen seiner Gesprächspartner an das Amt weitergeleitet hat?
5. Was hat der Bundesarbeitsminister - der nach eigenen ständigen Beteuerungen nicht die Statistik bekämpfen will, sondern die Massenarbeitslosigkeit - in einer solchen Runde zu suchen?

Uns bleibt die vage Hoffnung, daß noch vor dem Wahntag die veröffentlichte Meinung gegen statistische Taschenspielertricks soweit immunisiert werden kann, daß sie nicht mehr auf jede Hervorbringung der Herren Geißler, Blüm, Franke und Radunski hereinfällt. Denn: wenn es auch stimmt, das Lügen kurze Beine haben - ihrer Behendigkeit tut das keinen Abbruch.

(-/6.1.1987/rs/ks)

\* \* \*



## Biedenkopf und die Grünen

Der CDU-Politiker hat die Alternativ-Partei nicht zum ersten Mal hochstilisiert

Von Herbert Bermeitinger  
Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Ausgerechnet mitten im Bundestagswahlkampf, so stand es kürzlich im „Spiegel“ und in unzähligen anderen Publikationen zu lesen, habe der Landesvorsitzende der CDU von Nordrhein-Westfalen der „Frankfurter Rundschau“ kundgetan, die „Grünen“ hätten durchaus die richtigen Fragen gestellt und teilweise auch die richtigen Antworten parat. Und landauf, landab war dann sinngemäß zu lesen, was Biedenkopf in einem Sammelband zur Arbeitsmarktpolitik sagte, versetzte die Öffentlichkeit - von „Welt“ und „FAZ“ bis zu Biedenkopfs Stellvertretern im Landesvorsitz - in helle Aufregung.

Was die Biedenkopf-Kritiker in Presse und CDU aber übersahen: Kurt Biedenkopf ist zu keinen neuen Erkenntnissen gekommen, sondern er ist sich treu geblieben. Er glaubt nicht erst seit heute, daß das Hochloben der „Grünen“ den Sozialdemokraten nur schaden und damit der CDU nur nützen kann, daß die Sozialdemokraten also durchaus richtig liegen, wenn sie sagen, wer grün wählt - stärkt die CDU.

Weder die „Frankfurter Rundschau“ noch die Partei „freunde“ des schlauen Kurt Biedenkopf erinnerten sich daran, daß Biedenkopf schon im Frühjahr 1980 (!) den „Grünen“ bemerkenswerte Komplimente machte, nachdem sie in Stuttgart in Fraktionsstärke in den Landtag eingezogen waren und die SPD entscheidend geschwächt hatten.

In der rheinland-pfälzischen SPD erinnert man sich an die politischen Strelcheleinheiten des Herrn Biedenkopf für jene Gruppierungen, die die CDU als „Chaoten“ oder neuerdings auch als faschistoid oder als linksfaschistisch einzustufen beliebt, eben die „Grünen“, weil die Biedenkopf-Äußerungen in einer Landtagsitzung in Mainz am 20. März 1980 diskutiert wurden.

In einer energiepolitischen Debatte zitierte der damalige Oppositionsführer Karl Thorwirth im Landtag einen Beitrag der „Frankfurter Rundschau“, in dem unter der Überschrift „Biedenkopf lobt die Grünen“ zu lesen war:

„Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Kurt Biedenkopf gab am Dienstag in Düsseldorf den Grünen den Status einer seriösen politischen Kraft in der Bundesrepublik, die bereits jetzt zwei Drittel des Gewichtes der FDP habe. Biedenkopf, der den Wahlkampf der nordrhein-westfälischen CDU für die Landtagswahlen im Mai leite, begrüßte die Grünen vor der Landespressekonferenz ausdrücklich als politische Bewerber, die die Landschaft beleben. Der westfälische CDU-Vorsitzende forderte die Parteien auf, den Grünen jetzt eine faire Chance einzuräumen. Mit ihrem Wahlerfolg in Baden-Württemberg (Zuruf von der SPD: Hört, hört!) hätten sich die Grünen nach den Worten Biedenkopfs die Eintrittskarte in die politische Arena der Bundesrepublik erworben.“

Karl Thorwirth erinnerte schon damals Biedenkopf, Bernhard Vogel und die CDU daran, wie die Union bis zum Freitag (vor der baden-württembergischen Wahl) die Grünen abqualifiziert habe, als Kommunisten, als solche, die keine Verantwortung im Staat tragen dürften, und er fragte: „Ist es denn schon so, daß das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde einen anderen Partner daraus macht?“



Biedenkopf, so Karl Thorwirth am 20. März 1980, versuche „offensichtlich, jemand koalitionsfähig zu machen“ - und über so viel Opportunismus sei er einmal erschrocken, aber er denke auch an das Wortspiel von Herbert Wehner vom „Biedenkopfen“.

Bernhard Vogel war in seiner Erwiderung auf die kritischen Anmerkungen des Oppositionsführers bemerkenswert zurückhaltend, denn Biedenkopf war damals dabei, seine Partei in den NRW-Landtagswahlkampf im Mai 1980 zu führen. Zu Biedenkopfs Lob für die Grünen war nur zu hören, er werde dessen Betrachtungen nachlesen ("Weil es immer gut ist zu wissen, was Herr Biedenkopf gesagt hat") mit den Grünen gebe es in „dieser Sache (Energiepolitik) keine Gemeinsamkeit“. Gleichzeitig konstatierte er: „Wer Grüne wählt, ist doch in der Regel ein Protestwähler und kein Überzeugungswähler, und er ist für uns zu gewinnen, wenn wir eine bessere Antwort geben können, wenn wir ihn vom Protest wegbringen.“

Sechs Jahre später, als Rudolf Scharping, der sozialdemokratische Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, klipp und klar sagte, daß er die grünen Wähler sehr wohl ernst nehme, nicht aber die grüne Partei, daß es vom Wähler abhängt, ob er eine reformfähige Mehrheit mit Hilfe der SPD, aber nicht in Abhängigkeit von „grünen Fundamentalisten“ erreiche, da überschlugen sich Vogels Mannen in Mainz. Der Grund: Scharping hätte nicht nur die Fundamentalisten, sondern auch die Realisten in der Grünen Partei erwähnen müssen. Die FDP, die in Rheinland-Pfalz nicht nur wieder zurück in den Landtag, sondern auch zurück in die Arme einer CDU-Regierung will, sprach sogar von einem „Marsch in die Volksrepublik Rheinland-Pfalz“. Zu Biedenkopfs jüngstem Hochjubeln der Grünen war von CDU und FDP in Rheinland-Pfalz aber kein Wort zu hören. Gleichwohl hat Rudolf Scharping, der jedes Koalitionsgerede ablehnt, seine Position in einem Interview um so präziser dargelegt:

„Man muß die grünen Wähler ernst nehmen. Solange die gewissermaßen festgebunden bleiben an den grünen Fundamentalismus werden wir Erscheinungen haben wie in Hamburg. Mir liegt daran, daß die SPD durch ihre Programmatik deutlich macht, daß auch solche Wähler bei der SPD gut aufgehoben sind, die eine konsequente Umweltpolitik und eine ebenso konsequente Friedenspolitik wollen. Ich glaube, am Schluß ist die SPD in der Lage, sich selbst eine reformfähige Mehrheit zu organisieren. Solange das in zwei Parteien gespalten bleibt, fürchte ich, wird es diese reformfähige Mehrheit nicht geben. Und deshalb versuche ich die Wähler zu überzeugen, nicht aber so sehr die grünen Politiker, die sich in einem Wettstreit um die Radikalität der Form befinden und nicht um einen Wettstreit um die Frage, wie kann ich mit konsequenten Einzelschritten ein großes Ziel ansteuern.“

Die Freien („freien“?) Demokraten in Rheinland-Pfalz, die sich der Vogel-CDU als Koalitionspartner anbieten, war dies Anlaß, zum wiederholten Male davon zu sprechen, die SPD, Rudolf Scharping wollten den „Marsch in die Volksrepublik Rheinland-Pfalz“.

(-/6.1.1987/rs/ks)



## DOKUMENTATION

## Lea Rosh: Warum wir sind, wie wir sind

Die „TRIBÜNE“, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, konnte am 12. November 1986 ihr 25jähriges Bestehen feiern. Der anlässlich dieser Veranstaltung gehaltene Vortrag von Lea Rosh fand besondere Beachtung. Mit Genehmigung der Redaktion bringen wir einige Auszüge aus ihrer Ansprache auf dem Hintergrund der Renaissance der Nationalisten in unserem Lande. Der vollständige Text wird in der März-Ausgabe 1987 der „TRIBÜNE“ veröffentlicht.

Bundesrepublik Deutschland 1986, 41 Jahre danach. Wonach? Zusammenbruch? Befreiung? Damit fängt es bereits an, daß die Bürger der Bundesrepublik eben immer noch von „Zusammenbruch“ reden. Und für sie ist 1945 ja auch alles zusammengebrochen: Front, Heimat, Hoffnung, der Glaube an den Sieg, an die Wunderwaffen, das Wunder schlechthin. Als „Befreiung“ sahen es nur diejenigen, die es so sehen mußten: die Häftlinge in den Konzentrationslagern und Haftanstalten, die Versteckten, die Antifaschisten. Aber wieviele waren das schon?

Zurück zum Jahr 1986. Ein Tiefpunkt, was die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland (West) angeht: Bitburg, das Tauziehen um das Fassbinder-Stück, die Äußerungen von Fellner und Spee, die Diskussion um die Einzigartigkeit des Judenmords - Zufälle? Ist bei uns wieder Antisemitismus? Neuer Antisemitismus? Alter Antisemitismus?

Bitburg. Ein fataler Irrtum. Man weiß, was gemeint, was eigentlich gewollt war. Dem Kanzler war 1984 verwehrt worden, an den Gedenkfeiern in der Normandie anlässlich des 40. Jahrestages der Landung der Alliierten teilzunehmen. Der Deutsche war ausgeschlossen worden. Zu Recht, wie ich finde. Wer das nicht versteht, der möge sich einmal die Soldatenfriedhöfe in der Normandie ansehen ... Was ich hingegen nicht verstanden habe, war die Tatsache, daß sich der Kanzler durch die Nichteinladung zu dieser Gedenkfeier offenbar provoziert und zu einer eigenen Gedenkfeier angeregt fühlte. Was ihm in der Normandie versagt worden war, sollte nachgeholt werden: in Bitburg große Versöhnung, Handschlag über die Gräber hinweg und dann Strich drunter. - Wobei Bitburg wegen der SS-Gräber der falsche Ort war. Es ist und bleibt zumindest eine Instinkt- und Geschmacklosigkeit, Täter und Opfer gleichzustellen. Wer da nicht zu unterscheiden und zu trennen vermag, dem ist nicht zu helfen. Das Schlimme ist nur, daß der Kanzler dieses Landes keine Privatperson ist, die eben mal danebengreift.

Der Kanzler hat eine Vorbildfunktion. Und wo, wie Willy Brandt in Warschau am richtigen Ort die richtige Geste gemacht hat, so hat dieser Kanzler am falschen Ort die falsche Geste gemacht. Die SS-Leute waren junge, tapfere Soldaten? Waffen-SS ist nicht gleich SS? Was auch zu den Verbrechen der Waffen-SS gehörte, möchte ich am Beispiel der Einsatzgruppen in der Sowjetunion belegen. Die vier Einsatzgruppen A, B, C und D waren die ersten mobilen Tötungseinheiten. Die etwa 3.000 Mann begleiteten die deutsche Wehrmacht bei dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941. Die Bedingungen, unter denen sie in Rußland operieren sollten, waren so formuliert: „Die Sonderkommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmaßnahmen zu treffen.“ Das betraf vor allem Juden, aber auch Zigeuner, Kommunisten, Partisanen, Geisteskranke...

Aber nichts, keine Bitten und keine noch so flehentlichen Appelle haben Reagan und Kohl von ihrem so unglücklichen Unternehmen abhalten können ... Der Schaden, der in und mit Bitburg angerichtet wurde, ist nicht reparabel. Inwiefern? Ich sagte: Vorbildfunktion und ich meine es auch so. Denn wenn der Kanzler nicht weiß oder leugnet, daß die SS, jung hin, jung her, eine Mordbande war, wenn sein Fraktionschef den Überfall auf die Sowjetunion einen „Abwehrkampf gegen den Bolschewismus“ nennt (so in einem Brief an die US-Senatoren, als diese ihren Präsidenten ersucht hatten, von der unseligen Idee Abstand zu nehmen, sich mit Kohl in Bitburg zu treffen), dann kann es einen nicht wundern, daß die in der zweiten Reihe, also die Fellners und Spees, und nun auch wieder Historiker und Publizisten, sich nach vorn trauen...



Die Entstehung der zweiten Deutschen Republik war mit vielen Geburtsfehlern behaftet. Das Jahr 1945, im Verständnis der meisten Deutschen „Zusammenbruch“ und nicht „Befreiung“, war bei uns kein Bruch mit der Vergangenheit ... Der westdeutsche Teilstaat bediente sich in Politik und Wirtschaft der alten Mächte. Die meisten der zwischen 1948 bis 1949 in den Nürnberger Prozessen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilten Kriegsverbrecher aus Politik, Diplomatie, Verwaltung, Wehrmacht und Wirtschaft wurden 1951 begnadigt, sofort oder bald aus der Haft entlassen und in die Gesellschaft wieder aufgenommen ... Es gab einen deutschen Verteidigungsbeitrag, also gab es auch eine Rehabilitation „des deutschen Soldaten“ und die Freilassung der Kriegsverbrecher durch die Amerikaner. Jeder bekam das seine: Die Amerikaner ihren starken Bundesgenossen, die alten Generäle ihre Wehrmacht, und die Industriellen bekamen ihre Fabriken zurück. Denn dieses Konzept brauchte natürlich eine wieder funktionierende Wirtschaft ... Etwa die Hälfte der gerade erst als Kriegsverbrecher zu langen Strafen Verurteilten konnte gleich nach Hause gehen, einige mußten sich noch etwas gedulden. Der letzte Gefangene, ursprünglich im Einsatzgruppen-Prozess zum Tode verurteilt, verließ das Landsberger Gefängnis 1958...

Von bundesrepublikanischen Staatsanwaltschaften sind gegen rund 90.000 Beschuldigte Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Aber 80.000 blieben ohne Strafe. Gewiß, viele Täter waren gestorben, viele waren erkommen, nach Südamerika oder sonstwohin, viele waren auch unter falschem Namen untergetaucht, aber viele sind eben straffrei ausgegangen ... Nur: 6.500 Täter sind bei uns rechtskräftig verurteilt worden: 12 zum Tod, 160 zu lebenslanger Freiheitsstrafe, aber die meisten, 8.192, zu zeitlich begrenzten Freiheitsstrafen, zu durchschnittlich drei bis fünf Jahren, auch für vielfachen Mord. Wobei die Strafen in der Regel nicht abgesessen wurden und wobei diesen Tätern mildernde Umstände wie keinem anderen Kriminellen in unserer Gesellschaft gutgebracht wurden...

Regierung und Parlament haben in einem atemberaubenden Tempo sofort ab 1950, also mit der Erlangung der Souveränität und der Gerichtshoheit, bei der Amnestierung und Rehabilitation der NS-Täter tätig mitgeholfen:

- Das 1. Amnestiegesetz wurde bereits im Dezember 1949 erlassen.
- Im Mai 1951 wurde das Ausführungsgesetz zum Artikel 131 Grundgesetz (GG) erlassen, das die Wiedereinstellung von NS-belastenden Beamten, ihr Ruhegeld und ihre Versorgungsansprüche regelte.
- 1961 wurde die Regelung der Versorgungsansprüche von SS-Führern und Unterführern nachgeschoben. Mit dem 131-Gesetz kamen die Nazis zurück in einen jungen demokratischen Staatsapparat, und so ist das Amnestiegesetz von 1954, das sogenannte „Straffreiheitsgesetz“, das noch weiter ging als das Gesetz von 1949, keine sonderliche Überraschung.

Die gesetzgeberische Glanzleistung bei der Amnestierung von NS-Tätern war dann aber die Amnestierung der Schreibtischtäter durch den sogenannten Paragraphen 50, 2 Strafgesetzbuch (StGB), das war 1968. Der rettete fast alle ehemaligen Nazigrößen, die im RSHA, der Mordzentrale des Dritten Reiches, gewütet hatten, vor einer Verurteilung...

Wir haben, was in Nürnberg begonnen wurde, nämlich den Versuch zu unternehmen, das größte Menschlichkeitsverbrechen, das es je gab, aufzudecken und abzuurteilen, unterlaufen und im Nachhinein noch verhöhnt. Die Würde und die Ehre derer, die so schändlich zu Tode gequält worden waren, hätte es zwingend erfordert, auch das Recht, das auf so unerhörte Weise verletzt worden war, wieder einzusetzen. Nur so hätten wir eine Chance gehabt, uns unserer Vergangenheit auf eine vorstellbare Weise zu nähern und zu stellen. Das aber ist nicht geschehen. Die Folgen haben wir jetzt zu tragen, die Folgen zeigen sich Jahr für Jahr.

(-/6.1.1987/rs/ks)

\* \* \*